Stadt Rosenheim

Rechtsamt
OB/301-He

Rosenheim, 28.10.2026

Bürgerversammlung
für den Stadtbereich Mitte

(Küpferling, Stadtmitte)

am Dienstag 27.10.2026 im KU‘KO

Beginn:	19:00 Uhr	Ende:	21:30 Uhr

Verwaltung:	Oberbürgermeister Abuzar Erdogan Dezernat II Frau Viebach, Dezernat III Herr Hoch, Dezernat IV Herr Salberg, Dezernat VI Herr Sarközy, III/66 Herr Miedl IV Stabsstelle Frau Zeh IV/40 Herr Fink IV/55 Frau Hilger VI/24 Herr Pletschacher VI/24 Frau Höhensteiger VI/67 Herr Willeitner VI/67 Frau Graf VI/67 Herr Seeburger OB/11 Frau Röber OB/30: Frau Frankl Stadtverkehr Herr Weiß SWRO: Herr Ziehut Pressestelle: Frau Kositzki
Organisation, Protokoll und Koordination der Redebeiträge:	OB/11: Frau Pichler OB/30: Frau Hehle, Frau Hartwig, Frau Schulz
Teilnehmerzahl:	Ca. 230

I. Begrüßung und Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßte die Anwesenden und stellte sich kurz vor. Anschließend erläuterte er den Ablauf der Bürgerversammlung. Er wies darauf hin, dass Anfragen, die spätestens eine Woche vor der Bürgerversammlung eingereicht werden, während der Versammlung behandelt werden können, und bat um Verständnis dafür, dass die gesetzlich vorgesehene Frist zur sachgerechten Vorbereitung und Bearbeitung der Anfragen einzuhalten ist. Sofern verspätet eingereichte oder während der Bürgerversammlung vorgebrachte Anfragen unmittelbar beantwortet werden können, erfolgt dies direkt während der Versammlung. Ist eine Beantwortung vor Ort nicht möglich, werden die Anliegen im Nachgang schriftlich beantwortet. Hierfür bat er die Bürgerinnen und Bürger, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen.

Zudem informierte er über die geltenden Regelungen zu Rede-, Antrags- und Stimmrechten. Dabei erläuterte er, wer Beiträge einbringen, Anträge stellen und an Abstimmungen teilnehmen kann. Grundlage hierfür sind die gesetzlichen Bestimmungen für Bürgerversammlungen. Im Anschluss stellte der Oberbürgermeister die Tagesordnung mit den allgemeinen stadtweiten Themen sowie den Themen für den Stadtbereich Mitte vor. Der Oberbürgermeister teilte außerdem mit, dass die Präsentation zur Bürgerversammlung im Nachgang zur Verfügung gestellt wird. **Zu den Themenbereichen „Allgemeine, stadtweite Themen“ und „Stadtteilbezogene Themen“ wird auf die bereitgestellten Präsentationsunterlagen verwiesen.**

II. Fristgerechte Anfragen

Hinweis: *Zur Wahrung der Übersichtlichkeit wurden inhaltlich gleichgelagerte Anfragen und Diskussionsbeiträge teilweise zusammengefasst dargestellt. Soweit einzelne Themen bereits im allgemeinen Berichtsteil behandelt wurden, werden Wiederholungen vermieden. Die Zusammenfassung dient ausschließlich der besseren Lesbarkeit und stellt keine Bewertung der Bedeutung einzelner Anliegen dar. Personenbezogene Angaben sowie Hinweise auf Einzelpersonen, private Interessenlagen oder laufende Verwaltungsverfahren werden aus Gründen des Datenschutzes grundsätzlich nicht in das Protokoll aufgenommen. Anfragen, die auf der Tagesordnung standen, in der Bürgerversammlung jedoch aufgrund der Abwesenheit der anfragenden Person nicht behandelt werden konnten, werden im Regelfall außerhalb der Versammlung schriftlich beantwortet und daher nicht gesondert im Protokoll dargestellt.*

1. Anfrage – Geschwindigkeitsbegrenzung Prinzregentenstraße

Es wurde angeregt, die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in der Prinzregentenstraße bis zur Kreuzung beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auszuweiten. Begründet wurde dies insbesondere mit der Belastung durch den Lkw-Verkehr. Hierzu wurde erläutert, dass im Oktober 2026 Verkehrserhebungen an insgesamt 41 Knotenpunkten durchgeführt wurden. Die Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor. Zudem wird erwartet, dass die vorgesehenen verkehrsrechtlichen Maßnahmen für Fahrzeuge über 7,5 t zu einer weiteren Entlastung führen. Weiter wurde erläutert, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h im beantragten Bereich derzeit nicht vorliegen. Es wurde jedoch zugesichert, mögliche Handlungsspielräume im Zusammenhang mit angrenzenden Tempo-30-Bereichen zu prüfen.

2. Anfrage – Überarbeitung des Bebauungsplans „Marienbergerstraße Nord“

Es wurde beantragt, den Bebauungsplan „Marienbergerstraße Nord“ zu überarbeiten und die im Flächennutzungsplan dargestellte Freifläche als Frischluftschneise dauerhaft zu sichern. Hierzu wurde erläutert, dass der Bebauungsplan derzeit überarbeitet wird. Die Funktion der Frischluftschneise wurde im Rahmen entsprechender Gutachten untersucht. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Frischluftzufuhr würde ein Ausschlusskriterium für die Planung darstellen. Ferner wurde mitgeteilt, dass die Planung derzeit angepasst wird und im Bereich der Frischluftschneise keine Bebauung vorgesehen ist.

3. Anfrage – Bepflanzung der Münchener Straße und des Bahnhofsvorplatzes

Es wurde angeregt, die Münchener Straße mit weiteren Baumreihen zu versehen sowie zusätzliche Begrünungsmaßnahmen am Bahnhofsvorplatz vorzunehmen.

Hierzu wurde erläutert, dass im Rahmen des Förderprojekts „Bäume in der Stadt“ die Anpflanzung einer einseitigen Baumreihe entlang der Münchener Straße planerisch geprüft wurde. Eine weitergehende Begrünung ist derzeit nicht vorgesehen.
Für den Bahnhofsvorplatz wurde mitgeteilt, dass zusätzliche Baumpflanzungen geprüft werden. Hierbei sind die vorhandenen Leitungen und technischen Anlagen im Untergrund zu berücksichtigen. Die weitere Entwicklung ist zudem von laufenden Abstimmungen zur Nutzung der Fläche abhängig.

4. Anfrage – Öffnung verrohrter Bachläufe
Es wurde angeregt, verschiedene verrohrte Bachabschnitte, insbesondere den Herderbach und den Bereich am Stadtbach, wieder freizulegen. Hierzu wurde erläutert, dass derartige Möglichkeiten regelmäßig geprüft werden. Zu berücksichtigen seien insbesondere statische Anforderungen sowie die bestehende Bebauung. Im angesprochenen Bereich seien Öffnungen derzeit nur eingeschränkt beziehungsweise nicht umsetzbar.
Für einzelne Abschnitte werde die Machbarkeit weiterhin geprüft.

5. Anfrage – Ausweisung der Pater-Petrus-Straße als Anliegerstraße
Es wurde angeregt zu prüfen, ob die Pater-Petrus-Straße künftig als Anliegerstraße ausgewiesen werden kann. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die Anregung im Zusammenhang mit dem Fahrradstraßenkonzept geprüft wird.

6. Anfrage – Zustand öffentlicher Toilettenanlagen
Es wurde auf den Zustand verschiedener öffentlicher Toilettenanlagen sowie auf fehlende barrierefreie Angebote und Wickelmöglichkeiten hingewiesen. Hierzu wurde erläutert, dass insbesondere die Toilettenanlage im Salingarten im Zusammenhang mit den dortigen Umgestaltungsmaßnahmen erneuert werden soll. Auch weitere Standorte werden derzeit geprüft. Die Problematik sei bekannt und soll schrittweise verbessert werden.

7. Anfrage – Barrierefreie Toilette im Bereich des Holztechnischen Museums
Es wurde angeregt, im Bereich des Holztechnischen Museums eine barrierefreie Toilettenanlage einzurichten. Hierzu wurde erläutert, dass das Gebäude nicht im Eigentum der Stadt steht und zudem denkmalrechtliche Anforderungen zu berücksichtigen sind. Veränderungen der Bausubstanz seien daher nur eingeschränkt möglich.

8. Anfrage – Barrierefreie Toilette im Bereich des „Santa“
Es wurde angeregt sicherzustellen, dass im Zuge möglicher Umbaumaßnahmen eine barrierefreie Toilette geschaffen wird. Hierzu wurde erläutert, dass die bestehenden Nutzungen dem Bestandsschutz unterliegen und für die vorgenommenen Maßnahmen keine genehmigungspflichtige Nutzungsänderung vorliegt, weshalb konkrete Anforderungen an eine barrierefreie Toilette nicht möglich sind.

9. Anfrage – Pflege der Beete am Salzstadel
Es wurde die Pflege der dortigen Pflanzflächen angesprochen. Hierzu wurde erläutert, dass die Beete im Rahmen des Projekts „Rosenheim blüht auf“ gemeinsam mit Schulklassen angelegt wurden. Die weitere Pflege soll künftig durch die Stadtgärtnerei sichergestellt werden.

10. Anfrage – Umgang mit Schrotträdern
Es wurde auf abgestellte und augenscheinlich nicht mehr genutzte Fahrräder im öffentlichen Raum hingewiesen und angeregt, diese zeitnah zu entfernen. Hierzu wurde erläu-

tert, dass eine Entfernung nur im rechtlich zulässigen Rahmen erfolgen kann, da regelmäßig Eigentumsrechte betroffen sind. Die Verwaltung befasst sich derzeit mit möglichen Verfahren zur Kennzeichnung und Entfernung länger abgestellter Fahrräder. Ziel ist die Entwicklung einer rechtssicheren und praktikablen Vorgehensweise.

11. Anfrage – Zustand von Hausfassaden
Es wurde auf sanierungsbedürftige Fassaden im Stadtgebiet hingewiesen. Hierzu wurde erläutert, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen grundsätzlich nur bei einer konkreten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit möglich sind. Im Übrigen genießen Eigentümer den Schutz des Eigentumsrechts.

12. Anfrage – Einsatz von Kleinbussen im Stadtverkehr
Es wurde angeregt, den Einsatz kleinerer Busse im Stadtverkehr zu prüfen. Hierzu wurde erläutert, dass entsprechende Überlegungen im Rahmen laufender Untersuchungen zum ÖPNV berücksichtigt werden. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Anforderungen des Schülerverkehrs weiterhin den Einsatz größerer Fahrzeuge erforderlich machen.

13. Anfrage – Verkehrssituation in der Schießstattstraße
Es wurde auf Geschwindigkeitsüberschreitungen im Bereich der Schießstattstraße hingewiesen. Hierzu wurde erläutert, dass ein neues Tempo-30-Piktogramm aufgebracht werden soll. Zudem wurde auf bestehende Geschwindigkeitsmessungen und Kontrollen verwiesen. Die Situation werde weiterhin beobachtet.

14. Anfrage – Motorrad- und Fahrradstellplätze am Geldautomaten Loretowiese
Es wurde angeregt, die Situation im Bereich des Geldautomaten zu verbessern und die Beschilderung anzupassen. Hintergrund ist, dass Bürgerinnen und Bürger aufgrund der zweistufigen Anordnung des Parkautomaten Schwierigkeiten bei der Bedienung haben. Es soll geprüft werden, wie die Erreichbarkeit verbessert werden kann und ob eine optimierte Beschilderung sinnvoll ist. Hierzu wurde zugesichert, die örtliche Situation zu begutachten und gegebenenfalls entsprechende Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen.

15. Anfrage – Ampelanlage Eduard-Rüber-Straße / Verkehrssituation bei den Lokhöfen
Es wurde nach der zukünftigen Nutzung der Ampelanlage an der Eduard-Rüber-Straße im Bereich des Parkhauses P12 gefragt. Die Ampelanlage soll nach Abschluss der derzeitigen Baumaßnahmen an der Münchener Straße in Betrieb genommen werden.
Darüber hinaus wurden verschiedene verkehrliche Probleme im Bereich der Lokhöfe angesprochen. Da die laufenden Bauarbeiten voraussichtlich bis Ende November abgeschlossen sein werden, ist davon auszugehen, dass sich die Verkehrssituation anschließend beruhigt und die derzeitigen Beeinträchtigungen deutlich zurückgehen.

16. Anfrage – Behindertenparkplätze
Es wurde auf die Anzahl, Größe und Nutzbarkeit von Behindertenparkplätzen hingewiesen. Insbesondere wurde vorgebracht, dass bei Personen mit dem Merkzeichen „aG“ aufgrund der teilweise zu geringen Breite einzelner Stellplätze das Ein- und Aussteigen sowie das Verladen eines Rollstuhls erschwert werde. Hierzu wurde erläutert, dass sich das Thema bereits in Beratung befindet. Konkrete Hinweise und Beispiele aus der Bevölkerung werden aufgenommen und im zuständigen Fachausschuss geprüft.

17. Anfrage – Verkehrsbeschilderung
Es wurde auf die Anzahl, Größe und Nutzbarkeit von Behindertenparkplätzen sowie auf sanierungsbedürftige Verkehrszeichen hingewiesen. Es wurde angeregt, die Verkehrszeichen zur Sicherstellung ihrer weiteren Rechtsgültigkeit zu erneuern. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass durch den Einsatz von Ersatzfolien beziehungsweise Überklebungen eine kostengünstige Instandsetzung möglich sei. Hierzu wurde erläutert, dass die Stadt die Beschilderung fortlaufend überprüft und beschädigte oder unleserliche Verkehrszeichen schrittweise ersetzt. Konkrete Hinweise aus der Bürgerschaft werden aufgenommen und geprüft.

18. Anfrage – Ausbau der Fahrradwege und Aufenthaltsangebote für Jugendliche
Es wurde angeregt, die Radverkehrsinfrastruktur im Stadtgebiet weiter auszubauen, da bestehende Fahrradwege teilweise als zu schmal, unübersichtlich oder sanierungsbedürftig wahrgenommen werden. Hierzu wurde erläutert, dass der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur bereits Gegenstand laufender Planungen und Maßnahmen ist (Stichwort: Fahrradstraßen).
Darüber hinaus wurde angeregt, zusätzliche Aufenthalts- und Bewegungsangebote für Jugendliche in der Innenstadt zu schaffen, insbesondere in Form von konsumfreien Treffpunkten sowie Sport- und Freizeitflächen. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt bestehende Angebote für Jugendliche kontinuierlich weiterentwickelt. Genannt wurden unter anderem konsumfreie Aufenthaltsangebote, Tischtennisplatten, Streetballflächen sowie die Skateanlage im E-Garten und die bridge15. Die vorgetragenen Anregungen werden in die weiteren Überlegungen einbezogen.

III. Wortmeldungen während der Bürgerversammlung

1. Anfrage – Parkhaus Hammerweg
Es wurde die geplante Entwicklung des Parkhauses Hammerweg thematisiert. Dabei wurden insbesondere die vorgestellte Visualisierung, die künftige Gestaltung der Fassade, die Möglichkeit einer Ausstattung mit Photovoltaikanlagen sowie die vorgesehene Nutzung der Stellplätze angesprochen. Zudem wurden Fragen zu möglichen gastronomischen Nutzungen auf dem Parkhausdach und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Nachbarschaft gestellt.
Hierzu wurde erläutert, dass die bisher veröffentlichten Darstellungen auf einer Machbarkeitsstudie beruhen und die konkrete Ausgestaltung des Projekts noch nicht abschließend festgelegt wurde. Die vorgesehene Fassadengestaltung diene unter anderem dem Schallschutz. Bei der Anbringung einer Photovoltaikanlage wären zusätzliche bauliche Anlagen erforderlich, was Auswirkungen auf die Gebäudehöhe sowie auf die Wirtschaftlichkeit des Projekts hätte.
Weiter wurde darauf hingewiesen, dass das bestehende Parkhaus aufgrund seines Alters und des baulichen Zustands umfassend betrachtet werden müsse. Ziel sei es, die erforderlichen Stellplätze auch künftig sicherzustellen. Aussagen zur späteren Verteilung zwischen Kurzzeit- und Dauerparkplätzen könnten derzeit noch nicht getroffen werden.
Hinsichtlich einer möglichen gastronomischen Nutzung wurde erläutert, dass hierfür die geltenden immissionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie die bestehenden Regelungen zu Betriebs- und Ruhezeiten einzuhalten wären. Eine Beeinträchtigung der angrenzenden Wohnbebauung sei dabei zu berücksichtigen. Die weitere Planung bleibt den kommenden Beratungen und Entscheidungen vorbehalten.

2. Anfrage – Klinikneubau RoMed
Es wurde sich nach der zukünftigen Entwicklung der Klinikstandorte Rosenheim und Bad Aibling erkundigt. Insbesondere wurde nachgefragt, welche Auswirkungen ein möglicher gemeinsamer Klinikstandort auf die bestehenden Klinikflächen haben könnte. Hierzu wurde erläutert, dass sowohl am Standort Rosenheim als auch am Standort Bad Aibling erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besteht. Vor diesem Hintergrund wird die Errichtung eines gemeinsamen Klinikstandorts geprüft, um die medizinische Versorgung langfristig zu sichern und Synergien in den Bereichen Versorgung, Logistik und medizinische Fachbereiche zu nutzen.
Weiter wurde mitgeteilt, dass sich das Vorhaben noch in einem frühen Planungsstadium befindet. Im Rahmen der Standortsuche werden verschiedene Flächen untersucht. Ein konkreter Standort für ein mögliches Zentralklinikum steht derzeit ebenso wenig fest wie abschließende Entscheidungen über die Umsetzung des Vorhabens.
Hinsichtlich der bestehenden Klinikgebäude wurde darauf hingewiesen, dass das Projekt einen langfristigen Zeithorizont von etwa zehn bis fünfzehn Jahren umfasst. Konkrete Planungen zur künftigen Nutzung der bisherigen Klinikstandorte liegen derzeit nicht vor. Aussagen zu einer möglichen Nachnutzung, insbesondere zu einer Wohnbebauung, sind daher aktuell nicht möglich.

3. Anfrage – Busparkplätze für Reisebusse
Es wurde angeregt, zusätzliche Parkmöglichkeiten für Reisebusse im Innenstadtbereich zu schaffen. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass Reisebusse regelmäßig reguläre Pkw-Stellplätze belegen und insbesondere im Bereich Reichenbachstraße und Hammerweg zu Nutzungskonflikten führen. Hierzu wurde erläutert, dass die Bereitstellung von Busparkplätzen nicht Gegenstand einzelner Hotelgenehmigungen sein kann. Die Möglichkeit eines zentralen Busparkplatzes wird geprüft. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass entsprechende Standortfragen bereits seit längerer Zeit Gegenstand verkehrsplanerischer Überlegungen sind.

4. Anfrage – Bahngelände Süd
Es wurde nach dem Fortbestand der bisherigen Rahmenplanung gefragt. Hierzu wurde erläutert, dass die bestehende Rahmenplanung weiterhin Grundlage der Entwicklung ist.

5. Anfrage – Erneuerung von Tempo-30-Piktogrammen
Es wurde darauf hingewiesen, dass die Tempo-30-Markierungen an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet aufgrund von Abnutzung kaum noch erkennbar seien. Genannt wurden insbesondere die Bereiche Am Roßacker, Schießstattstraße und Prinzregentenstraße. Zudem wurde um Auskunft zu bereits durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen gebeten und auf eine subjektiv erhöhte Geschwindigkeitswahrnehmung hingewiesen. Hierzu wurde erläutert, dass die Erneuerung der betroffenen Tempo-30-Piktogramme vorgesehen ist. Die Hinweise wurden aufgenommen und zur weiteren Prüfung an die zuständigen Stellen weitergegeben.

6. Anfrage – Elektrifizierung des Busverkehrs
Es wurde nach dem Stand der Elektrifizierung des Stadtbusverkehrs gefragt. Hierzu wurde erläutert, dass die Klärung des zukünftigen Betriebsstandortes eine wesentliche Voraussetzung für weitere Entscheidungen zur Umstellung auf alternative Antriebe ist. Die Thematik wird im Rahmen der laufenden Planungen weiterverfolgt.

7. Anfrage – Geschwindigkeit in der Herbststraße
Es wurde auf Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Herbststraße hingewiesen. Insbesondere während der Schulzeiten werde die Situation als kritisch wahrgenommen.
Hierzu wurde erläutert, dass derzeit keine Hinweise auf einen Unfallschwerpunkt vorliegen. Die Situation wird jedoch geprüft und die Unfalllage sowie vorhandene Verkehrsdaten werden ausgewertet.

8. Anfrage – Nutzung städtischer Mitarbeiterparkplätze
Es wurde gefragt, ob Mitarbeiterparkplätze außerhalb der Dienstzeiten genutzt werden können. Hierzu wurde erläutert, dass dies außerhalb der Dienstzeiten grundsätzlich geduldet wird. Eine Anpassung der Beschilderung ist jedoch nicht vorgesehen.

9. Anfrage – Tempo-30-Piktogramm Klepperstraße
Es wurde angeregt, im Bereich des Fußgängerüberweges an der Klepperstraße auf Höhe des Bahnhofs ein zusätzliches Tempo-30-Piktogramm anzubringen. Die Anregung wurde aufgenommen und wird geprüft.

IV. Ende der Bürgerversammlung: 21:30 Uhr

Die im Rahmen der Bürgerversammlung vorgebrachten Anfragen und Anregungen werden zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Dezernate und Fachämter weitergeleitet. Soweit eine Beantwortung nicht bereits während der Bürgerversammlung erfolgen konnte, erfolgt diese im Nachgang.

Abuzar Erdogan Oberbürgermeister	**Lisa Hehle** Protokollführung OB/301	**Julia Frankl** Amtsleitung Rechtsamt OB/30